

Inhaltsverzeichnis

1. Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur	
2. Kategorie:Finanzlobby	
3. Otmar Issing	
4. Goldman Sachs	
5. Klaus Regling	
6. EFSF	
7. Jörg Asmussen	
8. Center for Financial Studies	
9. José Manuel Barroso	
10. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	

Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Die **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur** war ein informelles Beratungsgremium der Bundesregierung. Das Gremium wurde im Oktober 2008 im Zuge der **Welt-Finanzkrise** von Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen. Die Expertengruppe sollte Vorschläge zur Bekämpfung der Finanzkrise und zur Vorbeugung weiterer Krisen machen, insbesondere mit Blick auf die internationalen Beratungen zu dem Thema.

Spätestens 2011 hatte die Expertengruppe ihren Auftrag offiziell erfüllt. "Aber informell arbeitet sie weiter", hieß es in diplomatischen Kreisen in Brüssel.^[1]

Mit [Otmar Issing](#) war ein Berater von [Goldman Sachs](#) zum Vorsitzenden berufen worden. Issing war erst ein Jahr zuvor zu Goldman Sachs gewechselt, nachdem er von 1998 bis 2006 im Direktorium der Europäischen Zentralbank saß und deren Chefökonom war.

Teilweise wurde die Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur auch als **Issing-Kommission** bezeichnet.

Inhaltsverzeichnis

1 Besetzung	2
1.1 Bewertung	3
2 Die Episode Tietmeyer	3
3 Die Vorschläge der Expertengruppe	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einzelnachweise	4

Besetzung

- [Otmar Issing](#), Vorsitzender, Berater von [Goldman Sachs](#)
- [Klaus Regling](#), Direktor der [EFSF](#), hatte auch schon für den Hedge-Fond "Moore Capital Strategy Group" gearbeitet
- [William R. White](#), ehemaliger Chef-Volkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)
- [Jan Pieter Krahen](#), Universität Frankfurt und Bankenberater
- [Jens Weidmann](#), Präsident der [Deutschen Bundesbank](#)
- [Jörg Asmussen](#), Direktor der [Europäischen Zentralbank](#).

Bewertung

Die Expertengruppe war einseitig besetzt. Ihr Vorsitzender [Otmar Issing](#) war neben der Beratertätigkeit für [Goldman Sachs](#) Präsident des [Center for Financial Studies](#), einem von der Finanzbranche gesponsorten Institut an der Universität Frankfurt. Mit Klaus Regling war ein weiterer Monetarist in der Gruppe, der auch schon in der Finanzbranche arbeitete (für Moore Capital Strategy Group, einen Hedge-Fond). Außerdem gehörte der deutschen Gruppe Jan Pieter Krahen an, der neben seiner Tätigkeit als Professor an der Goethe Universität Frankfurt Direktor des [Center for Financial Studies](#) war und im Beirat der [DZ Bank](#) saß.

Außerdem war [William R. White](#) von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Mitglied in der Expertengruppe, der frühzeitig vor der Finanzkrise gewarnt hatte. Als Vertreter der Bundesregierung nahmen der Wirtschaftsberater von Angela Merkel, Jens Weidmann, und der Finanzstaatssekretär [Jörg Asmussen](#) teil. Asmussen stand als Aufsichtsratsmitglied der Mittelstandsbank IKB und wegen seiner früheren Mitgliedschaft im Gesellschafterbeirat der True-Sale International (TSI) in der Kritik, einer Lobby-Plattform für die Förderung von Verbriefungsgeschäften in Deutschland.

Issing wurde parallel in ein vergleichbares Beratergremium bei EU-Kommissionspräsident [José Manuel Barroso](#) berufen, die ebenfalls einseitig besetzte [Larosière-Gruppe](#).

Die Episode Tietmeyer

Merkel kündigte in ihrer Regierungserklärung am 15.10.2008 vor dem Bundestag an, eine Expertengruppe zur Beratung der Bundesregierung einzuberufen. Als Vorsitzenden wollte sie [Hans Tietmeyer](#) einsetzen. Die Expertengruppe sollte Vorschläge zur Bekämpfung der Finanzkrise und Prävention machen, vor allem hinsichtlich der Internationalen Konferenzen.^[2]

Nach heftiger Verwunderung und Widersprüchen im Parlament teilte Tietmeyer dem Bundeskanzleramt seinen Rückzug mit.^[3] Außerdem wehrte sich die SPD gegen die Entscheidung der Kanzlerin. Der Grund der Empörung war, dass Tietmeyer im Aufsichtsrat der HypoRealEstate saß und die deutsch-irische Tochter Depfa-Bank kontrollierte, die maßgeblichen Anteil an den immensen Verlusten der HRE hatte. Seine Tätigkeit als Vorsitzender des Kuratoriums der neoliberalen Arbeitgeber-Kampagne [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) sorgte in den Medien dagegen kaum für Aufsehen.

Die Vorschläge der Expertengruppe

Die ersten Vorschläge legte die Gruppe noch vor dem Weltfinanzgipfel im November 2008 in Washington vor. Sie regte u.a. ein globales Kreditregister und eine Risiko-Weltkarte an, in der weltweit agierende Finanzinstitutionen auflistet werden. Lücken bei der internationalen Aufsicht der Finanzmärkte sollen geschlossen werden. Die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) soll gestärkt werden. Quelle: ddp Basisdienst, 14. November 2008 Freitag

In der Eurokrise plädierte sie gegen Hilfen für Griechenland und für eine starke Stellung des IWF – letztlich stimmte die deutsche Regierung aber einem europäischen Rettungspaket zu. Vor dem G20-Gipfel im Juni 2010 plädierte die Expertengruppe für eine stärkere Bankenabgabe als die Bundesregierung plante. Zugleich unterstützte sie die Bundesregierung in ihrem Sparkurs und lehnte weitere Konjunkturmaßnahmen ab, wie sie insbesondere US-Präsident Barack Obama forderte. Quelle: Der Tagesspiegel, Mittwoch 3. März 2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ohne Notenbankerfahrung an EZB-Spitze?](#) Wirtschaftswoche vom 15.02.2011, abgerufen am 20.12.2011
2. ↑ [Deutscher Bundestag - Plenarprotokoll 15.10.08, S.11](#)
3. ↑ [FAZ, 16.10.08: Den Bock zum Gärtner gemacht](#), letzter Zugriff am 5.10.2010

Kategorie:Finanzlobby

Die Finanzlobby hat vor der Krise massiv auf schwächere Regeln und weniger Beschränkungen für die Finanzmärkte hingearbeitet und prägte in der Krise maßgeblich die Rettungsmaßnahmen. Bis heute gibt es keine wesentliche Beschneidung ihres Einflusses auf die Politik. Wir beleuchten den Einfluss der Finanzlobby anhand ausgewählter Beispiele. Wir konzentrieren uns dabei auf Deutschland und die europäische Ebene. Daneben bemühen wir uns, ausgewählte Erkenntnisse aus den USA und der globalen Debatte um die Finanzmarktregulierung aufzugreifen.

Seiten in der Kategorie „Finanzlobby“

Folgende 60 Seiten sind in dieser Kategorie, von 60 insgesamt.

A

- [Allianz](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Krautscheid](#)
- [Axel Weber](#)

B

- [Benita Ferrero-Waldner](#)
- [BlackRock](#)
- [Bund der Steuerzahler](#)
- [Bundesverband Alternative Investments](#)
- [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Bundesverband Investment und Asset Management](#)
- [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#)

C

- [Carsten Maschmeyer](#)
- [Center for Financial Studies](#)
- [Charlie McCreevy](#)
- [Entwurf:Commerzbank](#)

D

- [Deekeling Arndt Advisors](#)
- [Deutsche Bank](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)

E

- [Archiv:ERGO](#)
- [Eurofi](#)
- [European Banking Federation](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- [Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur](#)

F

- [Archiv:Finanzlobby und der gekaperte Staat](#)
- [Freshfields Bruckhaus Deringer](#)
- [Friedrich Merz](#)

G

- [Georg Fahrenschon](#)
- [Gerhard Schröder](#)
- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Goldman Sachs](#)
- [Group of Thirty](#)
- [Günter Verheugen](#)

I

- [Institute of International Finance](#)
- [International Monetary Conference](#)

J

- [Josef Ackermann](#)
- [José Manuel Barroso](#)
- [Jörg Asmussen](#)
- [Jörg Kukies](#)

K

- [Klaus Regling](#)

L

- [Levin Holle](#)
- [Archiv:Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)

M

- [Mario Draghi](#)
- [Michael Glos](#)
- [Mises Institute](#)
- [Moody's](#)

O

- [Otmar Issing](#)
- [Outsourcing von Gesetzen an Kanzleien und Wirtschaftsprüfer](#)

P

- [Parteispenden aus dem Finanzsektor](#)
- [PD – Berater der öffentlichen Hand](#)
- [Peer Steinbrück](#)
- [Peter Skinner](#)

S

- [Archiv:Sharon Bowles](#)
- [Archiv:Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung](#)

V

- [Volker Halsch](#)

W

- [Walter Riester](#)
- [Archiv:Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#)

Otmar Issing

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Otmar Issing (* 27. März 1936 in Würzburg). Als Führungsperson in der **Deutschen Bundesbank** und der **Europäischen Zentralbank** war Issing eine zentrale Figur der deutschen Geld- und Wirtschaftspolitik. Er galt als einer der führenden Vertreter der Theorierichtung des **Monetarismus** in Deutschland. Issing war bis 05 /2022 Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS) sowie Kuratoriumsvorsitzender der von Banken und Versicherungen dominierten **Gesellschaft für Kapitalmarktforschung** (GfK), der Trägerorganisation des CFS.

Aus lobbykritischer Sicht war Issings Seitenwechsel im Jahr 2007 von der **EZB** zu **Goldman Sachs** höchst problematisch. Hier lief ein Top-Manager einer der wichtigsten Regulierungsbehörden zu einer der wichtigsten Banken der Welt über.

Kanzlerin **Angela Merkel** berief den Goldman Sachs-Berater im Oktober 2008 zum Vorsitzenden der [Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur](#)^[1].

Seit April 2013 ist Otmar Issing als Botschafter für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) tätig.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	8
2 Verbindungen	8
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8

4 Einzelnachweise	9
-------------------------	---

Karriere

- seit 06/2022 Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#) (CFS)
- seit 10/2008 Vorsitzender der bis 2012 tätigen [Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur](#)
- 2008-2009 Mitglied der [De Larosière Kommission](#)
- 2007-12/2022 Vorsitzender des Kuratoriums des [House of Finance](#), Universität Frankfurt
- 2007-2018 „International Advisor“ der Investmentbank [Goldman Sachs](#)
- 2006-2022 Mitglied des Kuratoriums der [Gesellschaft für Kapitalmarktforschung](#)
- 2006-2022 Präsident des [Center for Financial Studies](#) (CFS) an der Goethe-Universität Frankfurt/Main
- 1998-05/2006 Mitglied im Direktorium und Chefökonom der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)
- 1990-1998 Mitglied des Direktoriums und Chefvolkswirt des Zentralbankrates der [Deutschen Bundesbank](#)
- 1988-1990 Mitglied des [Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#)
- 1973-1990 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg
- 1967-1973 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg

Quelle: ^[2]

Verbindungen

- Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)
- Mitglied des Führungskreises des [Institute for European Affairs](#) (INEA)
- Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
- Mitglied des Council for the Future of Europe des [Nicolas Berggruen Institute](#)
- Ehrenmitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Mitglied der [Euro 50 Group](#)
- bis 2018 Mitglied des Aufsichtsrats der Nürnberger Lebensversicherung AG und der Fürst Fugger Privatbank
- 1987-1990 Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Quellen: ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel-Online 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
2. ↑ [Ehrenpräsident](#), gfk-cfs.de, abgerufen am 14.06.2023
3. ↑ [Ehrenpräsident](#), gfk-cfs.de, abgerufen am 14.06.2023

Goldman Sachs

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Goldman Sachs ist ein Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen und nimmt im internationalen Finanzsektor eine herausragende Stellung ein. Es gilt als eines der mächtigsten und am besten vernetzten Unternehmen der Branche. Goldman Sachs ist hauptsächlich als Finanzdienstleister für Großunternehmen und institutionelle Investoren tätig.

Goldman Sachs

Branche Finanzen
Hauptsitz New York, In Deutschland: MesseTurm, Friedrich-Ebert-Anlage 49, Frankfurt/Main
Lobbybüro Deutschland
Lobbybüro EU
Webadres goldmansachs.com
se

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	10
1.1 Ausgaben für Lobbying	10
1.2 2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	10
1.3 Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel	10
1.4 Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk	10
1.5 Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft	11
1.6 Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes	12
1.7 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	12
2 2010: Negativ-Preis für Lobbying	12
3 Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise	12
3.1 Verkauf von Depfa und Conti	13
3.2 2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit	13
3.3 2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen .	13
3.4 John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus	13
3.5 Strafen wegen Falschberatung in USA	14
3.6 2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung	14
4 Geschichte	15

5 Geschäftsfelder	15
5.1 Übernahmen und Fusionen	15
5.2 Immobilien	15
6 Organisationsstruktur und Personal	15
6.1 Unternehmensleitung	15
6.2 Partner	16
6.3 International Advisory Board	16
7 Zitate über Goldman Sachs	17
8 Weitere Informationen	17
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
10 Einzelnachweise	17

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Ausgaben für Lobbying

Laut EU-Transparenzregister lagen die Ausgaben für die von 2 Vollzeitäquivalenten erbrachte EU-Lobbyarbeit im Jahr 2018 zwischen 1-1,3 Mio. Euro.^[1]

2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Jörg Kukies, ehem. Co-Deutschland-Chef von Goldman Sachs, ist seit April 2018 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und ist dort für Fragen der Finanzmarktregulierung zuständig. Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen warnte: „Das Finanzministerium darf nicht zum House of Banks verkommen.“^[2]

Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel

Der frühere Deutschland-Chef von Goldman Sachs Alexander Dibelius nahm „schon früh Kontakt zu CDU-Parteichefin Angela Merkel auf, lange vor ihrer Nominierung als Kanzlerkandidatin. Für sie arrangierte er mehrere Dinner mit Unternehmens-chefs ... Immer wieder steht er der Kanzlerin bei Fragen zur Verfügung“, berichtet das Wirtschaftsmagazin capital.^[3]

Im Krisenjahr 2008 machte Angela Merkel den Goldman-Berater Otmar Issing zum Vorsitzenden der Kommission Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur.^[4]

Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)

- Was ist das Problem?

Goldman Sachs gilt als Paradebeispiel für das [Seitenwechsler-Phänomen](#). Das Unternehmen hat zahlreiche ehemalige Entscheidungsträger als Berater angeworben, zugleich wechseln immer wieder Mitarbeiter in Regierungs- oder Aufsichtsposten. Der SPIEGEL beschrieb das Netzwerk als "Gemeinschaft, die zusammenhält, auch wenn der eine geht, der andere kommt. Über Jahrzehnte trifft man sich irgendwann irgendwo immer wieder. Man verdient gutes Geld, hat beste Karrierechancen [...]" und gab einen Überblick über das System.^[5]

- EUROPA
- [José Manuel Barroso](#): Nach zehn Jahren als EU-Kommissionspräsident schied Barroso zum 31. Oktober 2014 aus der EU-Kommission aus. Im Juli 2016 kündigte er seinen Wechsel zu Goldman Sachs International in London an.^[6] Das Ethik-Komitee der EU-Kommission gab grünes Licht für den Seitenwechsel, nachdem Barroso zugesagt hatte, keine Lobbyarbeit für Goldman Sachs zu betreiben.^[7] Im Oktober 2017 gab es dann doch ein Lobbytreffen zwischen Barroso und EU-Kommissar Jyrki Katainen.
- [Mario Draghi](#), von 2011 bis 2019 Präsident der [Europäischen Zentralbank](#), war von 2002-2005 stellvertretender Vorsitzender und Managing Director von Goldman Sachs International.
- [Mario Monti](#), Regierungschef Italiens von 2011 bis 2013, EU-Kommissar von 1995-2004, wird als Berater von Goldman Sachs („Board of International Advisors“) in dessen Jahresbericht 2010 geführt.^[8]
- [Romano Prodi](#), ehem. italienischer Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident, war von 03/1990-05/1993 bei Goldman. Wenn Prodi kein öffentliches Amt bekleidet, arbeitet er als Berater für Goldman Sachs.^[9]
- [Otmar Issing](#), seit 2007 „International Advisor“ von Goldman Sachs, ist ehem. Direktoriumsmitglied der EZB und ehem. Chefvolkswirt der [Deutschen Bundesbank](#).
- [Peter Sutherland](#), bis 1989 EU-Kommissar (u. a. für Wettbewerb) und bis 1995 GATT-Generaldirektor, ist seit 1995 Vorstandsmitglied von Goldman Sachs International.^[10]
- USA
- [Gary Cohn](#), Präsident & Chief Operating Officer bei Goldman Sachs, war von 2017-03/2018 Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats^[11]
- [Stephen Mnuchin](#) war für Goldman Sachs tätig und wurde unter Präsident Donald Trump Finanzminister der USA.
- [Philip D. Murphy](#), ehemalige Goldman Sachs Senior Director, wurde 2009 zum Botschafter der USA in Deutschland ernannt.
- [Henry Paulson](#), US-Finanzminister unter [George W. Bush](#). In Paulsons Amtszeit fielen einige wichtigsten Banken-Rettungsmaßnahmen der USA, ehemaliger Aufsichtsratschef (CEO) von Goldman Sachs.
- [Robert Rubin](#), US-Finanzminister unter [Bill Clinton](#), langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Goldman Sachs.
- [Robert Zoellick](#) ist seit 2013 Vorsitzender des International Advisory Board von Goldman Sachs. Zuvor war er Präsident der Weltbank, United States Trade Representative (2001-2005), Deputy Secretary of State (2005-2006). Zoellick war in den 1990ern erst Goldman Sachs-Berater, später leitender Angestellter.^{[12][13]}

Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft

- [European Parliamentary Financial Services Forum](#), Mitglied
- [Group of Thirty](#), Mitarbeiter und Berater von Goldman Sachs sind Mitglieder

Vorgehensweise gegen strikere Regulierung des Derivatemarktes

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Derivateverband ISDA setzte sich Goldman Sachs aggressiv und mit Erfolg gegen geplante Regulierungen des risikoreichen Derivatemarktes ein. Regulierungen waren notwendig geworden, da Derivate bereits in der Finanzkrise 2008 weltweite wirtschaftliche Instabilität und Arbeitsplatzverluste verursachten sowie 2008 Mitverursacher der Lebensmittelkrise und der Eurokrise 2010 waren.

Als erfolgreichste Investmentbank im ISDA warnte Goldman Sachs davor, dass strikere Regulierungen die Bank dazu bringen würden, sich aus Europa zurückzuziehen.^[14] Weiterhin setzte der ISDA die EU massiv unter Druck, um die Bildung einer Expertengruppe für Derivate zu bilden. Diese bestand dann fast ausschließlich aus Mitgliedern des ISDA - darunter auch Goldman Sachs.^[15] Die Bank platzierte sich außerdem in nahezu allen Beratergruppen der Kommission, die sich mit der Finanzmarktregulierung nach der Weltwirtschaftskrise befassten.^[16]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[17] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[18]

Auch Goldman Sachs trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. So mahnte die Investmentbank in einem Papier an ausgewählte Politiker:innen, dass sich eine Finanztransaktionssteuer negativ auf die Geschäfte der Zentralbanken und an die Bereitstellung der Liquidität auswirken würde.^[19] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Deutsches Aktieninstitut](#), [Bayer](#), [Siemens](#), u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[20]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[21][22][23][24][25]}

2010: Negativ-Preis für Lobbying

Goldman Sachs wurde am 2. Dezember 2010 mit dem Negativ-Preis **Worst EU Lobby Award** von einem Zusammenschluss lobbykritischer Organisationen ausgezeichnet.^[26]

Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise

Goldman Sachs-Chef [Lloyd C. Blankfein](#) soll in einer internen E-Mail an Mitarbeiter laut Kölner Stadt-Anzeiger geäußert haben, in der [Welt-Finanzkrise](#) „haben wir mehr verdient, als wir verloren haben“. ^[27]

Verkauf von Depfa und Conti

Nach Informationen von Werner Rügemer hat Goldman Sachs folgende Geschäfte vermittelt und über Provisionen davon profitiert:

- Verkauf der **Depfa** an die **Hypo Real Estate** - woraus mit zeitlicher Verzögerung der (angebliche) Beinahe-Zusammenbruch des deutschen Bankensystem erfolgt sein soll
- Der Reifen-Hersteller **Schäffler** übernimmt den Konkurrenten **Conti** (Provision: 15 Mio.Euro) - Schäffler geht an dem Deal beinahe bankrott.^[3]

2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit

Im Oktober 2010 musste sich Goldman Sachs gegen Anschuldigungen der **Landesbank Baden-Württemberg** wehren, die sich durch die **Verbriefung Davis Square VI**.^[28] geschädigt sah. Goldman Sachs hatte diese Papiere strukturiert, verkauft und verwaltet. Sie waren mit einem Triple-A-Rating bewertet worden.^[29] und von der Landesbank-Tochter **LBBW Luxemburg** im März 2006 erworben worden. Die Landesbank forderte von Goldman Sachs 37 Millionen US-Dollar für erlittene Verluste. *"Goldman wusste auf höchster Organisationsebene, dass die Darstellung, die Papiere wären mit Triple-A bewertet und hochklassig, offensichtlich falsch waren. Goldman hat Betrug begangen, und, oder, handelte fahrlässig, indem es die Papiere an die LBBW Luxemburg vermarktete und verkaufte."*

Darüberhinaus verklagte die LBBW den Investment-Ratgeber **TCW Group**. Bei deren Besitzer **Societe Generale** hatte Goldman Sachs, so der Vorwurf, sich mit Kreditausfallwetten gegen den Ausfall von Davis Square VI und anderen CDOs eingedeckt. TCW und Goldman Sachs wiesen diese Vorwürfe umgehend zurück^{[30][31]}

Die Fall Landesbank Baden-Württemberg vs. Goldman Sachs hat das Aktenzeichen 10-7549 und wird am U. S. District Court, Southern District of New York (Manhattan) verhandelt.^[30]

2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen

Am 16.04.2010 reichte die US-Bankenaufsicht **SEC** eine Beschwerde gegen Goldman Sachs wegen Betrugs ein. Die Bank soll verschwiegen haben, dasss ein Hedge-Fonds an der Konstruktion eines "modernen Finanzprodukts" namens Abacus 2007-ACI beteiligt war, der zudem auf den Wertverfall des Derivats wettete. Die Abacus-Papiere, die ein komplexes Derivat aus US-Hypotheken waren, stellten sich als mutmaßliche Schrott-Produkte heraus.^[32] Als eine der leidtragenden Banken galt die Düsseldorfer **IKB**. Mitte Juli 2010 kamen die SEC und Goldman Sachs zu einem Vergleich: Die Ermittlungen wurden gegen die Zahlung von 550 Millionen Dollar eingestellt, einen Teil davon erhielt die Düsseldorfer **IKB**.^[33]

John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus

Das Abacus-Papier wurde von einem Hedge-Fonds zusammengestellt, den einer der bestverdienenden Männer der Wall-Street leitete: **John Paulson**. Die Zeit schrieb über das Geschäftsgebahren von **Paulson & Co.** :

„Der Logik der SEC-Anklage folgend hat Paulson das ganze Paket so zusammengeschnürt, dass es von Anfang besonders viele faule Hypotheken enthielt. Schließlich wettete er auf einen Wertverlust. Das ist ungefähr so, als würde bei der Nationalmannschaft der Trainer der gegnerischen Mannschaft die Aufstellung festlegen. Paulson hat Goldman Sachs 15 Millionen Dollar dafür gezahlt, dass sein Hedgefonds dieses Produkt konstruieren durfte.“

„Paulsons Wetten gegen Abacus funktionierte so: Paulson kaufte eine Art Ausfallversicherung für Kredite, die für den Kauf von Häusern aufgenommen waren. Platze ein Kredit, kassierte Paulson die Prämie, ohne etwas mit dem eigentlichen Kredit zu tun zu haben. Ähnlich jemandem, der eine Brandschutzversicherung für das Haus seines Nachbarn aufnimmt – brennt es, kassiert er.“^[34]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Goldman Sachs soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 22,5 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll.^[35]

2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung

In den USA gab es vermehrte Skepsis, warum die US-Regierung den Goldman-Konkurrenten **Lehman Brothers** kollabieren ließ, während die **American International Group** (AIG) mit einer in der Geschichte des Kapitalismus einmaligen Summe gerettet wurde. Goldman Sachs war einer der größten Gläubiger des Versicherungskonzerns.

Von den \$182.5 Milliarden an Steuergeldern zur Rettung der AIG^[36], flossen \$12.9 Milliarden direkt an Goldman Sachs, bei denen AIG Verbindlichkeiten hatte. Insgesamt gingen \$90 Milliarden der AIG-Rettungsgelder direkt an andere Banken, darunter neben Goldman auch die französische **Societe Generale** mit \$11.9 Milliarden, die **Deutsche Bank** mit \$11.8 Milliarden und die britische **Barclays** PLC mit \$8.5 Mrd.. Die us-amerikanische **Merrill Lynch** erhielt \$6.8 Mrd.^[37]

Informationen der New York Times zufolge war der US-Finanzminister und ehemalige Goldman Sachs Aufsichtsratsvorsitzende **Hank Paulson** während des Höhepunktes der **Welt-Finanzkrise** "in sehr häufigem Kontakt" mit **Lloyd C. Blankfein**, Goldmans damaligem Aufsichtsratsvorsitzenden. In der Woche als der Versicherer AIG durch Regierungsgelder gerettet wurde, sprach Paulson laut seiner Kalender-Einträge zwei Dutzend Male mit Blankfein, weitaus öfter als mit anderen Wall Street Managern.^[38]

Am 18. Oktober 2008 erhielt Goldman Sachs \$10 Milliarden Rettungsgelder von der US-Regierung^{[39][40][41]} und gehörte somit zu den sechs großen US-Banken, die staatliche Stützungen aus dem **TARP**-Programm erhielten, das eine **Kreditklemme** verhindern sollte.

Goldman zahlte die \$10 Milliarden TARP-Gelder im Juni 2009 zurück.^[42] Rechnet man allein die AIG-Gelder dagegen, hätte Goldman netto \$2,9 Milliarden an Staatsgeldern eingestrichen.

Geschichte

Im Jahr 1975 erließ die US-amerikanische Börsenaufsicht **Securities and Exchange Commission** (SEC) die Regel, dass Investment-Banken einen Fremdfinanzierungsgrad (leverage ratio) von nicht weniger als 1 zu 15 aufweisen dürfe. D.h. mit 100 \$ Eigenkapital durfte man 1.500 \$ Fremdkapital aufnehmen. Im Jahr 2004 autorisierte die SEC unter dem Vorsitz von **Christopher Cox** fünf Investmentbanken, ihre eigenen Eigenkapitalregeln zu entwickeln. Voran gegangen war intensives Lobbying von Goldman Sachs. Besagte fünf Banken waren **Goldman Sachs**, **Morgan Stanley**, **Lehman Brothers**, **Bear Stearns** und **Merrill Lynch**. Durch die Lockerung der Regulierung konnten die fünf ihre Eigenkapitalquote z.T. auf 1 zu 40 senken. ^[43] Das geringe Eigenkapital im Verhältnis zu aufgenommenen Krediten beschleunigte den Weg in die **Welt-Finanzkrise**, da die Institute kaum Möglichkeiten hatten, jene Verluste auszugleichen, die aus geplatzten Risiko-Wetten wie **CDO** und **CDS** resultierten. ^{[44][45]}

Lee A. Pickard, 1975 Direktor der SEC-Abteilung für Markt-Regulierung während die 1-zu-15-Regel erlassen wurde, sagte zu dem Umschwung von 2004, „Die SEC Änderung von 2004 ist der Hauptgrund für alle aufgetretenen Verluste.“ ^[46]

Im Jahr 2008 hatte Goldman Sachs sich in eine Bank-Holding umgewandelt und sich der Kontrolle der **Federal Reserve Bank** (die US-amerikanische Notenbank) unterworfen. Ihr Anlagevermögen wurde damals auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt. ^[47]

Geschäftsfelder

Übernahmen und Fusionen

Goldman Sachs ist als eine weltweit führende Investmentbank an vorderster Stelle mit der Einfädelung von Übernahmen und Fusionen befasst. Das Unternehmen soll u.a. folgende Deals begleitet haben:

- **Daimler-Benz** übernimmt **Chrysler**
- **Vodafone** übernimmt **Mannesmann**
- **Bayer** übernimmt **Monsanto**

Quellen: ^{[3][48]}

Immobilien

Über die Tochtergesellschaften **Whithall** und **Highstreet** kaufte Goldman Sachs in Nordrhein-Westfalen 950.000 Wohnungen der **Landesentwicklungsgesellschaft** (LEG). In Berlin erwarb die Bank 75.000 Wohnungen der Wohnungsgesellschaft **GSW**. ^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Unternehmensleitung

Chairman und Chief Executive Officer der Goldman Sachs, Inc., ist **David D. Solomon**

Im Januar 2019 ist die Goldman Sachs AG in die Goldman Sachs Bank Europe SE übergegangen.^[49] Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs Deutschland und Österreich ist Wolfgang Fink (Stand: April 2020).

Quelle: ^[50]

Partner

2015 gab es weltweit 467 Goldman-Partner.^[51] Deutsche Partner sind^[52]

- **Alexander Dibelius** (bis 2014 Deutschland-Chef)
- **Jörg Kukies** (2014-03/2018 Deutschland-Chef, danach Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen)
- Wolfgang Fink (seit 04/2018 Deutschland-Chef)
- Tobias Koester (wird 01/2019 Partner)

International Advisory Board

Mitglieder sind ^[53] (Stand: März 2015)

- **Robert B. Zoellick** (Vorsitzender), ehemaliger Präsident der Weltbank^[54]
- Claudio Aguirre
- José Luis Arnaut, portugiesischer Politiker und Gründungspartner der Anwaltssozietät CMS-Rui Pena, Arnaut & Associados^[55]
- Christof Brand
- Efthymios Christodoulou
- Juan Claro González
- Charles de Croisset
- Charles Curran, A.C.
- **Guillermo de la Dehesa**, Third vice-chairman und non-executive director der Banco Santander, Chairman of the Trustees des **Centre of Economic Policy Research** (CEPR), Mitglied der **Euro 50 Group**^[56]
- **Vladimir Dlouhy**, Präsident der tschechischen Handelskammer und Stellv. Vorsitzender **Trilaterale Kommission**^[57]
- Walter W. Driver, Jr.
- Orit Freedman Weissman
- Lord Griffiths of Fforestfach, Mitglied des britischen Oberhauses und Mitglied des Verwaltungsrats von Times Newspapers Holding, Ltd., ehemaliger Berater von Margaret Thatcher^[58]
- Victor Halberstadt, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Leiden Universität/Niederlande, ehemaliger Vorsitzender des International Advisory Board von DaimlerChrysler und Berater des Generalsekretärs der OECD^[59]
- **Otmar Issing**, Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS), ehemaliges Mitglied des Zentralbankrats **Europäische Zentralbank** (EZB)^[60]
- Roberto Junguito
- Mario Laborín Gómez
- Ian Macfarlane, A.C.
- Axel May
- Tito T. Mboweni

Zitate über Goldman Sachs

Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau schrieb 2010 in der Financial Times:

„Goldman ist zunächst sehr groß und mächtig. Wo auch immer größere Geldsummen von einem Ort zum anderen geschoben werden, ist die amerikanische Investmentbank dabei. Als Griechenland sein Defizit mittels schwer zu durchschauender Währungs-Swap-Kontrakte reduzierte, spielte Goldman Sachs die Rolle des Animateurs. Die Bank ist omnipräsent. Sie verfügt über dermaßen viel legales Insiderwissen, dass sie als Investor einen natürlichen Vorteil hat, ohne irgendein Gesetz brechen zu müssen.“^[61]

Weitere Informationen

- [Goldman Sachs bei Sourcewatch \(englisch\)](#) - erstklassige Informationen!
- [Goldman Sachs bei opensecrets.org](#) - In den Datenbanken des Center for Responsive Politics werden die Informationen aus dem US-Lobbyregister ausgewertet.
- [Goldman Sachs - Übersicht der New York Times \(englisch\)](#)
- [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs, 7/10 /2013 Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister Goldman Sachs](#), abgerufen am 31.03.2020
2. ↑ [Scholz überrascht mit Personalauswahl](#), tagesschau.de, abgerufen am 20.03.2018
3. ↑ ^{3,03,13,23,3} [Alexander und Angela](#), Werner Rügemer in jungewelt.de vom 26. April 2010, abgerufen am 21. Juli 2010
4. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel.de vom 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
5. ↑ [Goldman Sachs' Verflechtung mit der Politik: Alles zum Wohl des Geldes](#), Der Spiegel, 13. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 14.07.2016
6. ↑ [Goldman Sachs hires former EU chief José Manuel Barroso](#) ft.com vom 08.07.16, abgerufen am 09.07.2016
7. ↑ [Ex-Kommissionspräsident Barroso ertappt bei Lobbyarbeit für Goldman Sachs](#), lobbycontrol.de vom 20.02.2018, abgerufen am 21.03.2018
8. ↑ [Italien: Monti ist im Nebenjob Berater bei Goldman Sachs](#) deutsche-mittelstands-nachrichten.de vom 14.11.11, abgerufen am 16.11.2011
9. ↑ [Goldman Sachs' Revolving Door](#), CBSnews.com vom 7. April 2010, abgerufen am 18. Juli 2010

10. ↑ [Executive Profile Peter Dennis Sutherland](#), Website businessweek, abgerufen am 31. März 2013
11. ↑ [Die Situation ist ernst](#), faz.net vom 07.03.2018, abgerufen am 21.03.2018
12. ↑ [„Zoellick Wins German Support to Be World Bank Head“](#), Bloomberg.com vom 29. Mai 2007, abgerufen am 27. April 2010
13. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
14. ↑ [Goldman warns Europe on regulation](#), Financial Times.com vom 29. September 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
15. ↑ [Homepage der Europäischen Kommission](#), abgerufen am 26.Oktober 2010
16. ↑ [The People versus Goldman Sachs](#) , Corporate Europe Observatory vom 1.Juni 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
17. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
18. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
19. ↑ [Financial Transaction Tax: How severe?](#), Goldman Sachs Equity Research vom 01.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
20. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
21. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
22. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
24. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
25. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ [Homepage der Worst EU Lobbying Awards 2010](#), abgerufen am 26. Oktober 2010
27. ↑ [Vorwürfe gegen US-Bank erhärtet](#), Kölner Stadt-Anzeiger vom 24. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
28. ↑ [Davis Square VI CDO Portfolio Pre-September 2008](#), Tavakoli structured Finance, INC, abgerufen am 27. Oktober 2010
29. ↑ [Goldman sieht für Klage der LBBW "keinerlei Grundlage"](#) Börsen-Zeitung vom 6. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
30. ↑ ^{30,030,1} [Goldman Sachs Sued Over German Bank's \\$37 Million Loss on CDO](#), Bloomberg.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
31. ↑ [Sachs Sued by German Bank Over Davis Square VI, an AIG CDO Bailed Out by Taxpayers \(Updated\)](#), Jenet Tavakoli in huffingtonpost.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
32. ↑ [Goldman Sachs Group Inc.-Overview](#), Nytimes.com vom 20. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
33. ↑ [Derivat „Abacus“: Goldman Sachs droht erneut Millionenstrafe](#), Handelsblatt vom 9. September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010.
34. ↑ [Goldman Sachs Die gewonnene Wette des John Paulson](#), Die Zeit vom 17. April 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
35. ↑ [Banken: Brandstifter als Feuerwehr](#), Website Werner-Rügemer.de, abgerufen am 21. Juli 2010
36. ↑ [AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds](#), USAtoday.de vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
37. ↑ [\\$90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks](#), CBSNews.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
38. ↑ [Paulson's Calls to Goldman Tested Ethics](#), Gretchen Morgenson and Don Van Natta Jr. in NYTimes.de vom 8. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
39. ↑ [Goldman reports \\$1.8 billion profit](#), CNN.com vom 14. April 2009, abgerufen am 27. 2010

40. ↑ [Paulson's \\$250 Billion Bank Buy](#), Jane Sasseen and Theo Francis in BusinessWeek.com vom 14. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
41. ↑ [Blankfein's \\$70 Million Would Survive Paulson's Rules](#), Ian Katz and Rebecca Christie in Bloomberg.com vom 15. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
42. ↑ [Goldman Sachs repays about \\$10 bln in TARP funds](#), Marketwatch.com vom 17. Juni 2009, abgerufen 27. April 2010
43. ↑ [Agency's '04 Rule Let Banks Pile Up New Debt](#), Stephen Labaton in NYTimes.com vom 8. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
44. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow, NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
45. ↑ ['Flawed' SEC Program Failed to Rein in Investment Banks](#), Ben Protess in ProPublica.org vom 1. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
46. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow in NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
47. ↑ [Goldman Sachs to be regulated by Fed](#), reuters-Meldung vom 21. September 2008, abgerufen am 26. April 2010
48. ↑ [Bayer und Monsanto: Dutzende Banken teilen sich Finanzierung der Übernahme](#), Handelsblatt, 12. Oktober 2016, zuletzt aufgerufen am 19.10.2016
49. ↑ [Über Goldman Sachs in Deutschland](#), goldmansachs.com, abgerufen am 02.03.2020
50. ↑ [Profil](#), goldmansachs.com, abgerufen am 31.03.2020
51. ↑ [Julia Laroche: These 78 Goldman Sachs Employees are the happiest people on Wall Street right now](#), Business Insider UK online vom 12. November 2014, abgerufen am 03.12.2018
52. ↑ [Goldman Sachs Warten auf den goldenen Anruf](#), Handelsblatt online vom 12. November 2014, abgerufen am 07.03.2015
53. ↑ [Annual Report 2015 Directors, Advisors and Offices March 5, 2015](#), Webseite, abgerufen am 26.05.2016
54. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
55. ↑ [Presserklärung Goldman Sachs vom 10. Januar 2014](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
56. ↑ [Economic and Financial Affairs, Speakers, Guillermo de la Dehesa](#), Webseite EU-Kommission, abgerufen am 10. 04. 2015
57. ↑ [Trilateral Commission Leadership European Group](#), Webseite abgerufen am 13. 03. 2015
58. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
59. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
60. ↑ [Former World Bank president rejoins Goldman Sachs](#), Reuters vom 8. Oktober 2013, Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
61. ↑ [Münchau - Das Ende von Goldman Sachs](#), ftd.de vom 20. April 2010 - gespeichert in web.archive.org, abgerufen am 19. August 2015

Klaus Regling

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Klaus P. Regling (*03.10.1950 in Lübeck), parteilos, Klaus Regling ist der erste Managing Director des **ESM** sowie der CEO der **European Financial Stability Facility** (EFSF).^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	20
2 Verbindungen/Netzwerke	20
3 Wirken	21
4 Fallbeispiel/Kritik	21
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
6 Einzelnachweise	21

Karriere

- seit 07/2012 Direktor des **ESM** (permanenter Euro-Rettungsschirm)
- seit 07/2010 Direktor der **EFSF** (Euro-Rettungsschirm)
- 01-06/2010 Direktor des Hedgefonds Winton Futures Fund Ltd.
- seit 09/2009 **KR Economics**, eine Ein-Mann-Beratungsfirma in Brüssel
- 2008-2009 Professor, Lee Kuan Yew School of Public Policy (Singapore)
- 07/2001-09/2008 **Europäische Kommission**, Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen
- 1999-2001 Geschäftsführender Direktor der Hedgefonds Moore Capital Strategy Group, London
- 1991-1998 **Bundesfinanzministerium**, Abteilungsleiter, zuständig für die gesamte internationale Finanzpolitik
- 1985-1991 **Internationaler Währungsfonds** (IWF), Washington and Jakarta
- 1981-1985 **Bundesfinanzministerium**, Economist in the European Monetary Affairs Division
- 1975-1980 **Internationaler Währungsfonds** (IWF), Washington
- 1975 Master's degree in Economics

Quelle:^{[2][3][4][5]}

Verbindungen/Netzwerke

- Regling gehört dem Kreis der **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA) Policy Fellows seit 2005 als Gründungsmitglied an.^[6]

Wirken

Nach seiner Arbeit beim Internationalen Währungsfonds in Washington wechselte Regling zum Bonner Finanzministerium, in dem er für die internationale Finanzpolitik zuständig war. Unter dem damaligen Bundesfinanzminister Theo Weigel bereitete Regling zusammen mit dem damaligen Staatssekretär Jürgen Stark die Einführung des Euros vor. Im Jahre 1998 wandte sich Regling vom Finanzministerium ab und fokussierte sich auf die Privatwirtschaft. Als Geschäftsführender Direktor der Hedgefonds Moore Capital Strategy Group hielt er sich zwei Jahre im privatwirtschaftlichen Bereich auf. Die Rückkehr in den politischen Sektor erfolgte im Jahr 2001 durch einen Wechsel in die Europäische Kommission und den Amtsantritt als Generaldirektor für Wirtschaft und Währung.^[7] Nach sieben Jahren verließ Regling seinen Posten als Generaldirektor und begab sich als Professor an die Lee Kuan Yew School of Public Policy in Singapur.^[8] Im Juli 2010 trat Regling seine Stelle als Direktor des provisorischen Rettungsschirms EFSF in Luxemburg an. Seinen Aufenthalt in Luxemburg verlängerte er zwei Jahre später als erster Managing Director des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM.^[9]

Fallbeispiel/Kritik

Klaus Regling ist ein neben Otmar Issing, William R. White, Jens Weidmann und Jörg Asmussen ein weiteres Mitglied der [Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur](#). Deren einseitige Besetzung durch Vertreter, die sich durch diverse Nebentätigkeiten als feste Akteure im System des Finanzmarktes bewegen, lässt Zweifel an der Reflektions- und Kritikfähigkeit der Gruppe aufkommen. Mit Klaus Regling, der durch seine Arbeit in der Moore Capital Strategy Group ebenfalls in der Finanzbranche arbeitete, ist ein weiterer Vertreter der monetaristischen Konzeption Teil der Gruppe.^[10] Als ein Beispiel für Reglings enge Verbundenheit mit dem Finanzsektor ließe sich sein einjähriger Aufenthalt in Singapur nennen. Innerhalb dieser Zeit knüpfte er Kontakte zu asiatischen Finanzinvestoren. Der Umstand, dass asiatische Investoren bei den von der EFSF herausgegebenen Anleihen jeweils circa 40 Prozent der Anteile gezeichnet haben, könnte dabei Freiraum für weitere kritische Spekulationen geben.^[11]

Eine zusammenfassende Bewertung der Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur ist nur schwer möglich, festzuhalten ist jedoch, dass sie sich abseits von einem den Finanzmarkt kritisch reflektierenden und die politischen sowie unternehmerischen Verantwortlichkeiten prüfenden Gremium bewegt.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Klaus Regling](#), esm.europa.eu, abgerufen am 18.07.2016
2. ↑ [Europas Chef-Retter glaubt nicht an Wundermittel](#), Handelsblatt vom 10.07.2012, abgerufen am 18.07.2016
3. ↑ [EFSF-Webseite](#), abgerufen am 18.07.2016
4. ↑ [EXECUTIVE PROFILE - Klaus Regling](#) Bloomberg Business Week, abgerufen am 21.07.2016
5. ↑ [Der Mann mit den Milliarden](#) Spiegel-Online vom 13.06.2010, abgerufen am 18.07.2016
6. ↑ [IZA-Webseite](#), abgerufen am 18.07.2016

7. ↑ [Herr des Schirmes](#), Zeit Online vom 25.10.2011, abgerufen am 18.07.2016
8. ↑ [Der uneitle Euro-Krisenmanager](#), FAZ Online vom 22.07.2011, abgerufen am 18.07.2016
9. ↑ [Der Euro-Retter](#), FAZ Online vom 09.10.2012, abgerufen am 18.07.2016
10. ↑ [Würden Sie diesen Finanzexperten trauen?](#) Nachdenkseiten.de vom 23.03.2009, abgerufen am 18.07.2016
11. ↑ [Der uneitle Euro-Krisenmanager](#), FAZ.net vom 22.07.2011, abgerufen am 18.07.2016

EFSF

Weiterleitung nach:

- [European Financial Stability Facility](#)

Jörg Asmussen

Der ehemalige SPD-Politiker **Jörg Asmussen** (*1966 in Flensburg) ist seit Oktober 2020 Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des [Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV). Er war 3 Jahre Beamteter Staatssekretär im [Bundesfinanzministerium](#) und galt lange als wichtige Figur in der Finanzpolitik der Bundesrepublik. Asmussen wurde im Dezember 2013 erneut Beamteter Staatssekretär - allerdings im [Bundesarbeitsministerium](#) unter [Andrea Nahles](#). Bis dahin war er Direktor der [Europäischen Zentralbank](#). 2016 wechselte er zur Investmentbank Lazard, zuletzt als Chef des Geschäfts mit Fusionen und Übernahmen für ganz Europa.

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	23
2 Funktionen und Mandate	23
3 Wirken	23
3.1 Asmussen bei der EZB	23
3.2 Der Krisenstab zur Hypo Real Estate Rettung	24
3.3 Verbriefungsgeschäfte	24
3.4 Asmussen bei der IKB	24
3.5 Banker und Lobbyisten im Bundesfinanzministerium	24
4 Zitate von Jörg Asmussen	25
5 Zitate über Jörg Asmussen	25
6 Zusätzliche Informationen	25
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25

8 Einzelnachweise	25
-------------------------	----

Karriere

- seit 10/2020 Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)
- seit xx/2016 Repräsentant der Investmentbank [Lazard](#) in Berlin
- Anfang 2016 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
- 12/2013-12/2015 Beamteter Staatssekretär im [Bundesarbeitsministerium](#)
- 01/2012-12/2013 Mitglied des Direktoriums der [Europäischen Zentralbank](#)
- 07/2008-12/2011 Beamteter Staatssekretär im [Bundesfinanzministerium](#)
- Am 1. März 2003 übernimmt er die Leitung der Abteilung für Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik
- Nach dem Rücktritt [Oskar Lafontaines](#) (damals SPD) wird Asmussen Leiter des Ministerbüros von [Hans Eichel](#) (SPD)
- Nach dem Regierungswechsel 1998 persönlicher Referent des neuen Finanzstaatssekretärs [Heiner Flassbeck](#)
- Ab 1996 im Bundesfinanzministerium tätig, zunächst als Referent für internationale Finanz- und Währungspolitik unter Finanzminister [Theo Waigel](#) (CSU), Gedankenlieferant für [Walther Otremba](#)^[1]
- zusätzliches Diplom an der Mailänder Wirtschaftsuniversität Luigi Bocconi
- Studium der Volkswirtschaft in Bonn u. a. bei [Axel Weber](#)

Quelle:^{[2][3]}

Funktionen und Mandate

- Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied und Hauptgeschäftsführer des GDV
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats des Pensions-Sicherungs-Vereins (PSVaG)
- Mitglied des Bafin-Verwaltungsrats und Mitglied des BaFin-Fachbeirats
- Mitglied des Beirats der Deutschen Versicherungsakademie
- Mitglied des Beirats im [Grünen Wirtschaftsdialog](#)
- Mitglied des Beirats des International Center for Insurance Regulation (ICIR)

Quelle:^[4]

Wirken

Asmussen bei der EZB

Im August 2012 hat er sich als Direktor der EZB für den Verbleib Griechenlands im Euro ausgesprochen. Entgegen der bisherigen Meinung seines alten Freundes [Jens Weidmann](#), dem Chef der Bundesbank, setzt sich Asmussen für den Kauf weiterer Staatsanleihen ein, um die Zinsen für Italien und Spanien zu drücken.^[5] Jedoch stellt Asmussen gleichzeitig klar, dass Hilfen durch die EZB an Bedingungen geknüpft sind.^[6] KritikerInnen machen ihm seine Nähe zum Bankensektor und seinen Einsatz zur Deregulierung der Branche noch vor der Finanzkrise zum Vorwurf.^[7]

Der Krisenstab zur Hypo Real Estate Rettung

Laut einem 2009 durch die Financial Times Deutschland publizierten internen Protokoll ([pdf](#)), das u.a. von [nachdenkseiten.de](#) weiter verbreitet wurde, nahm Bundesbank-Chef [Axel Weber](#) als Leiter eines Teams der Deutschen Bundesbank vom 26.-28. September 2008 an den dramatischen Krisengesprächen zur Rettung der angeschlagenen [Hypo Real Estate](#) (HRE) in Frankfurt a.M. teil. Mit dabei waren auch Teams der [Hypo Real Estate](#) unter der Leitung von [Georg Funke](#), der [BaFin](#) unter der Leitung von [Jochen Sanio](#) und des [Prüfungsverbands deutscher Banken](#) (PdB). Die Deutsche Bank hatte laut Protokoll eigene Experten bei der HRE. Geschwärzt im Protokoll war der volle Name der "Kanzlei S.", die offenbar drei Vertreter in den Krisenstab entsandte. Weiterhin wird eine "Kanzlei L." erwähnt. Zugeschaltet bzw. informiert waren zeitweilig (per Email, Telefon, Fax) u.a. [Josef Ackermann](#)([Deutsche Bank](#)), [Jörg Asmussen](#) ([BMF](#)), sowie die Herren [Klaus-Peter Müller](#) ([BdB](#)-Präsident, ehemals [Commerzbank](#)-Chef), [Andreas Schmitz](#) ([HSBC Trinkhaus&Burkhardt](#)), [Wolfgang Sprißler](#) ([Hypovereinsbank](#)), [Martin Blessing](#) ([Commerzbank](#)). ^[8]

Verbriefungsgeschäfte

Asmussen wurde immer wieder eine große Nähe zur Finanzwirtschaft vorgeworfen. Er hat sich im Rahmen seiner Tätigkeiten im Finanzministerium stark für Verbriefungsgeschäfte ([Asset-Backed Securities](#), ABS) eingesetzt (vgl. hierzu seinen Artikel "Verbriefungen aus der Sicht des Finanzministeriums", Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen vom 26.9.2006, abrufbar über [Nachdenkseiten](#)). Während seiner Zeit als Abteilungsleiter für Nationale und Internationale Finanz- und Währungspolitik war Asmussen zugleich im Gesellschafterbeirat der [True Sales International](#), einer Plattform der Finanzbranche für Verbriefungsgeschäfte, sowie im Aufsichtsrat der [IKB](#), die ebenfalls wegen Beteiligung an ABS-Transaktionen in Schieflage geraten war.

Asmussen bei der IKB

Als Zeuge im Düsseldorfer Betrugsprozess gegen den ehemaligen IKB-Chef [Stefan Ortseifen](#) belastete der ehemalige IKB-Aufsichtsrat Asmussen den Angeklagten. Asmussen sowie der Ex-Eon-Chef [Ulrich Hartmann](#) warfen Ortseifen Falschinformation und Täuschung vor, weil er eine Woche vor der drohenden Insolvenz der Mittelstandsbank noch optimistische Presseerklärungen abgeben hätte. ^{[9][10]}

Banker und Lobbyisten im Bundesfinanzministerium

Zudem hat Asmussen als Finanzstaatssekretär des [Bundesfinanzministeriums](#) dafür gesorgt, dass seine Abteilung eng mit der Finanzbranche zusammenarbeitet. Von seinem Vorgänger hat er die Idee übernommen, Praktiker aus der Geldbranche für befristete Zeit auszuleihen. So arbeiteten in seiner Mannschaft etwa ein Angestellter der [Deutschen Bank](#) und einer aus dem [Bankenverband](#). Die Experten von außen brächten die Markterfahrung mit, über die kein Beamter verfüge, erklärte er laut der Zeit. ^[1]. Siehe zu dem Thema auch: [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)

Zitate von Jörg Asmussen

„Mit CDS ist es wie mit Rotwein: mit Augenmaß genossen gesund, im Übermaß gefährlich.“^[11]
Asmussens Kommentar zu den Problemen Griechenlands, dessen Währung nach Ansicht vieler Beobachter durch die Spekulation mit [Credit Default Swaps](#) (CDS) systematisch in den Keller gezockt wurde.

Zitate über Jörg Asmussen

„Vor allem Asmussen bildete zusammen mit [Jens Weidmann](#), dem wirtschaftspolitischen Berater von Kanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU), ein einflussreiches Beamten-Duo, das an allen Schalthebeln des Krisenmanagements saß. Die [FDP](#) hatte im Untersuchungsausschuss zur Beinahepleite der Immobilienbank [Hypo Real Estate](#) (HRE) mehrfach den Rücktritt Asmussens verlangt. Nicht leichter wird die Personalie für die Liberalen dadurch, dass sich nach FR-Informationen Merkel für ein Festhalten an Asmussen stark gemacht hatte.“^[12]

„Wegen seiner großen Nähe zu der Finanzwirtschaft war auch immer wieder spekuliert worden, Asmussen könne einen gut bezahlten Posten bei der [Deutschen Bank](#) oder einem anderen privaten Geldhaus antreten.“^[12]

Zusätzliche Informationen

- [Jörg Asmussen wird Cheflobbyist der Versicherungsbranche](#)
- [Kritischer Telepolis-Artikel zur Rolle von Asmussen in der Finanzkrise 2008](#)
- Heribert Prantl: [Jörg Asmussen - Bankaufseher warb für lasche Bankaufsicht](#). In: Süddeutsche Zeitung vom 21.10.2008, letzter Zugriff: 10. März 2010.
- Wilfried Herz: [Ein Manager mit Beamtenstatus](#). In: Die Zeit 09.06.2004, letzter Zugriff: 10. März 2010
- [TV-Bericht zu Asmussen in report München von 06.07.2009](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jörg Asmussen und Jens Weidmann Wer uns wirklich regiert](#), stern.de vom 7. August 2009, abgerufen am 10. Februar 2011
2. ↑ [Die Zeit 09.06.2004 Nr.25](#)
3. ↑ [Vita](#), gdv.de, abgerufen am 10.12.2020
4. ↑ [Vita](#), gdv.de, abgerufen am 26.06.2022
5. ↑ [Die EZB muss zu einer normalen Notenbank werden](#), taz online am 20.08.2012, abgerufen am 22. August 2012

6. ↑ [Asmussen bestätigt Anleihekäufe ohne Limit](#), süddeutsch online am 20.08.2012, abgerufen am 22. August 2012
7. ↑ [Jörg Asmussen Die deutsche Alzweckwaffe](#), handelsblatt online am 15.04.2012, abgerufen am 22. August 2012
8. ↑ [Zusammenfassung der Gespräche zur Stützung der Hypo Real Estate Gruppe \(HRE\) vom 26. 09. 2008 - 28.09.2008 im Frankfurter Dienstsitz der BaFin](#), nachdenkseiten.de vom 9. Juli 2009, abgerufen am 10. Februar 2011
9. ↑ [Finanzstaatssekretär soll im IKB-Prozess aussagen](#), welt-online, 21. April 2010, abgerufen am 21. April 2010
10. ↑ [Stefan Ortseifen in Schockstarre](#) ftd.de am 13. Juli 2010 abgerufen am 14. Juli 2010
11. ↑ [Griechenland-Krise - Im Übermaß gefährlich](#), Frankfurter Rundschau, 2. März 2009
12. ↑ ^{12,012,1} [Schäubles Kröten'](#), Frankfurter Rundschau, Markus Sievers, 28. Oktober 2009

Center for Financial Studies

Das **Center for Financial Studies (CFS)** mit Sitz im **House of Finance** in Frankfurt/Main ist ein von der Finanzbranche gegründetes und gesponsertes Forschungs- und Politikberatungsinstitut unter der Leitung von [Axel Weber](#), dem ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten der Schweizer Großbank UBS und Ex-Präsidenten der Deutschen Bundesbank. Träger ist die **Gesellschaft für Kapitalmarktforschung e.V. (GfK)**.

Center for Financial Studies (CFS)

Rechtsform der Träger GfK ist ein eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Forschung und Politikberatung

Gründungsdatum 1967

Hauptsitz Goethe-Universität Frankfurt, House of Finance, Grüneburgplatz 1, HPF H5, 60323 Frankfurt am Main

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse ifk-cfs.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	27
2 Mitglieder	27
3 Finanzen	27
4 Hauptförderer	27
5 Mitgliedschaften	27
6 Personal	27
6.1 Präsident	27
6.2 Ehrenpräsident	28
6.3 Direktoren	28

6.4 Mitglieder von Leitungsgremien der GfK e. V., der Trägerin des CFS	28
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
8 Einzelnachweise	29

Aktivitäten

Das an die Goethe-Universität Frankfurt/Main angegliederte CFS betreibt Forschung im Bereich der Finanzen und fungiert als Forum für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Finanzindustrie.

Forschungsgebiete sind: Digital Finance, Corporate Finance & Financial Markets, Monetary Policy & Financial Stability und Sustainable Finance. Der Bereich Monetary Policy & Financial Stability befasst sich mit vielfältigen Fragestellungen, die geldpolitische Aspekte ebenso umfassen wie Fragen der Finanzmarkt- und Bankenregulierung.^[1] Das CFS gibt [Working Papers](#) sowie [Weitere Publikationen](#) heraus und organisiert [Events](#)

Mitglieder

Es gibt ordentliche und fördernde Mitglieder der CFS-Trägersgesellschaft GfK.

- **Ordentliche Mitglieder:** Zu ihnen gehören [Allianz SE](#), ERGO Versicherungsgruppe und UBS Deutschland
- **Fördernde Mitglieder:** Zu ihnen gehören Deka Bank Deutsche Girozentrale, [Deutsche Bank](#), [KPMG](#), [Goldman Sachs Bank Europe](#), Landesbank Hessen-Thüringen, Morgan Stanley Bank AG

Finanzen

Das CSF finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge

Hauptförderer

[Hauptförderer](#) sind:

- [Stiftungsfonds Deutsche Bank](#)
- Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute
- Deka Deutsche Girozentrale
- DZ Bank AG

Mitgliedschaften

- [Frankfurt Main Finance](#), Fördermitglied
- [Green and Sustainable Finance Cluster Germany](#), Mitglied

Personal

Präsident

Präsident ist der jeweilige Kuratoriumsvorsitzende der GfK, der von der Mitgliederversammlung gewählt wird.

Derzeitiger CFS-Präsident ist [Axel Weber](#), ehemaliger Verwaltungsratspräsident der Schweizer Großbank UBS und Ex-Präsident der Deutschen Bundesbank

Ehrenpräsident

[Otmar Issing](#), ehem. Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)

Direktoren

Die CFS-Direktoren werden auf Vorschlag des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Goethe-Universität vom Kuratorium der GfK bestellt (§ 5 Abs. der [Satzung des GfK](#)). Direktoren sind:

- Prof. Andreas Hackethal, Vorsitzender des Fachbereichsrats der BaFin
- Prof. Rainer Klump, Geschäftsführender Direktor des House of Finance der Goethe-Universität

Mitglieder von Leitungsgremien der GfK e. V., der Trägerin des CFS

Vorstand

Der Vorstand besteht aus bis zu 15 Mitgliedern, und zwar bis zu 10 Mitgliedern, die auf der Mitgliederversammlung der GfK gewählt werden, dem Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Goethe-Universität, den Direktoren des CFS und einem Vertreter der Hessischen Landesregierung (§ 9 der Satzung des GfK)

Mitglieder des [Vorstands](#) sind:

- Jürgen Fitschen (Vorsitzender), Senior Advisor und ehem. Co-Vorsitzender der [Deutschen Bank](#)
- Hans-Joachim Reinke (Schatzmeister), Vorstandsvorsitzender von Union Investment
- Stephan Bredt, Hessisches Ministerium für Wirtschaft
- Christian Schlag, Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Goethe-Universität
- James von Moltke, CFO [Deutsche Bank](#)
- Andreas Hackethal, Direktor beim CFS
- Rainer Klump, Direktor beim CFS

Kuratorium

Die Mitglieder des Kuratoriums werden von der Mitgliederversammlung der GfK gewählt. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist zugleich Präsident des CFS. Zu den [Mitgliedern](#) gehören - neben Vertretern der Finanzwirtschaft

- [Axel Weber](#) (Vorsitzender), Präsident des CFS
- Gerald Braunberger, Mitherausgeber der FAZ
- Sabine Mauder, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank
- Henning Dankenbrink, Partner [KPMG](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Monetary Policy & Financial Stability](#), gfk-cfs.de, abgerufen am 15.06.2023

José Manuel Barroso

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

José Manuel Durão Barroso (*23. März 1956 in Lissabon) ist ein ehemaliger Präsident der **EU-Kommission** und seit 2016 **Lobbyist** bei der US-Investmentbank **Goldman Sachs**. Sein **Seitenwechsel** löste europaweit Kritik aus und veranlasste die EU-Kommission dazu, ihren **Verhaltenskodex** zu verschärfen.

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik und Lobbyfälle	30
1.1 Wechsel zu Goldman Sachs	30
1.2 Kontakte zur Tabakindustrie	31
1.3 Freihandelsabkommen	32
1.4 Mitgliedschaften	32
1.5 Weitere Lobby-Kontakte	32
2 Karriere	33
3 Beiträge von LobbyControl	33
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
5 Einzelnachweise	33

Kritik und Lobbyfälle

Wechsel zu Goldman Sachs

Im Juli 2016 gab die US-Investmentbank **Goldman Sachs** bekannt, dass Barroso eine Beratertätigkeit und die Funktion als "Präsident ohne Geschäftsbereich" bei Goldman Sachs International in London einnehmen wird.

^[1] Zwischen Barrosos Amt als Präsident der EU-Kommission und seiner Lobby-Tätigkeit lagen 20 Monate, damit hatte er die Karenzzeit für Kommissionspräsidenten formell eingehalten.

Die Investmentbank bescheinigte Barroso „tiefes Verständnis von Europa“ und bestritt den Vorwurf, er solle die Bank vor allem zu den Auswirkungen des Brexits beraten.^[2] Der „Financial Times“ sagte Barroso in Bezug auf seine neue Tätigkeit, „er werde tun, was er könne, um negative Auswirkungen des britischen EU-Austritts zu verringern.“^[3]

Kritik

Der Spiegel schrieb zu Barrosos **Seitenwechsel**: „[A]uf der einen Seite [wird Barroso] vor allem mit der EU-Kommission zu tun haben. Da kennt er jeden, der wichtig ist. Viele verdanken ihm den Job oder die Karriere. Und auf der anderen Seite spielen die Londoner Regierung und die Bank of England mit. Deren Boss ist seit drei Jahren der Kanadier Marc Carney [...]. Zuvor hatte er unter anderem 13 Jahre bei Goldman Sachs gearbeitet, dort Karriere gemacht und seine finanzpolitischen Überzeugungen gefunden. Ein gutes Gesprächsklima dürfte also gewiss sein.“^[4]

EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz** (SPD) bezeichnete Barrosos Wechsel als "völlig inakzeptabel".^[5] Der französische Europastaatssekretär Harlem Désir forderte Barrosos Verzicht auf den Posten^[6]

Barrosos Nachfolger als EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, kritisierte Barrosos Wechsel zu Goldman Sachs wegen deren Rolle in der Finanzkrise: "Goldman Sachs was one of the organisations that knowingly or unknowingly contributed to the enormous financial crisis we had between 2007 and 2009. So one does wonder about the particular bank he has ended up working for."^[7]

Folgen

Im September 2016 gab der Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** als Reaktion auf die Kritik an Barrosos **Seitenwechsel** verschiedene Maßnahmen bekannt. Damit sollen weitere Interessenkonflikte vermieden werden.^[8]

Zum einen muss Barroso die EU-Kommission über die Inhalte seiner vertragsgemäßen Aufgaben bei **Goldman Sachs** informieren.

Zum anderen wird die EU-Kommission Barroso nach seinem Wechsel nicht, wie bisher, als ehemaligen Kommissionspräsidenten empfangen, sondern als Interessenvertreter. Damit müssen Kommissionsvertreter Treffen mit Barroso auf ihrer Website veröffentlichen.^[9] Barroso ließ daraufhin verlauten, Junckers Reaktion auf seinen Seitenwechsel sei „diskriminierend“. In Bezug auf seine mögliche Lobby-Tätigkeit in Brüssel betonte er: „Ich bin nicht verpflichtet worden, um für Goldman Sachs Lobbyarbeit zu machen und beabsichtige dies nicht.“^[10]

Juncker beauftragte außerdem das **Ad Hoc Ethik-Komitee** der EU-Kommission (Christiaan Timmermans, Dagmar Roth-Behrendt, Heinz Zourek), den **Seitenwechsel** trotz der formellen Einhaltung der Ethik-Regeln zu überprüfen. Das Ethik-Komitee konnte im Oktober 2016 keinen Verstoß gegen EU-Regeln erkennen.^[11] Barroso hätte lediglich seine Entscheidung nicht so abgewogen „wie man es bei jemandem in seiner Position hätte erwarten dürfen.“^[12]

Die Kritik an Barrosos Wechsel veranlasste die EU-Kommission außerdem dazu, ihren **Verhaltenskodex** zu verschärfen. Ehemalige EU-Kommissare sollen eine zweijährige Karenzzeit einhalten (zuvor 18 Monate), für den Kommissionspräsidenten sollen 3 Jahre Übergangszeit gelten.^[13]

Neben Barroso gab es bereits zuvor Seitenwechsel zwischen hohen EU-Ämtern und **Goldman Sachs**. Unter anderem arbeiteten der ehemalige EU-Kommissar **Mario Monti**, der damalige Chef der Europäischen Zentralbank **Mario Draghi** und der frühere EU-Kommissar **Peter Sutherland** für die US-Investmentbank.^[14]

Kontakte zur Tabakindustrie

2014 wurde bekannt, dass Mitarbeiter Barrosos enge Kontakte zur Zigarettenindustrie pflegten. Der Spiegel berichtete von mindestens 14 heimlichen Kontakten zwischen Kommissionsmitarbeitern und Lobbyisten der Tabakindustrie, wie beispielsweise dem Marlboro-Hersteller **Philip Morris** (PMI). Dabei soll der Konzern dem Generalsekretariat Barrosos auch „wissenschaftliche Untersuchungen“ zur Verfügung gestellt haben.^[15]

Zu der Gruppe von EU-Mitarbeitern unter Barroso gehörten auch Henning Klaus und sein Assistent Guillaume Morel, die sich am 20. Dezember 2011 mit Peter Wörmann und Bodo Mehrlein vom **Bundesverband der Zigarrenindustrie** (BdZ) und Marcel Crijnen vom **Europäischen Verband der Zigarrenhersteller** (ECMA) getroffen hatten. Nach Einschätzung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) stellen solche nicht öffentlich bekannt gemachten Treffen einen Verstoß gegen die Transparenz-Richtlinien der WHO dar.^{[16][17]}

Barroso und **Catherine Day**, die ehemalige Leiterin des **Generalsekretariats der Europäischen Kommission** und eine nahe Vertraute Barrosos, waren außerdem in die **Affäre um John Dalli** verwickelt. Ihre Rollen darin sind allerdings umstritten.

Der Spiegel schreibt, Barrosos Drängen auf den Rücktritt des EU-Gesundheitskommissars Dalli offenbare eine „Rigorosität, die in seltsamem Widerspruch zu den vielfältigen Kontakten seiner eigenen Mannschaft mit der Zigarettenindustrie steht.“^{[18][19]}

In der Folge der Affäre scheiterte John Dalli beim Europäischen Gerichtshof mit einer Klage gegen die EU-Kommission. Dallis Argumentation, Barroso habe ihn nach Publikwerden des Korruptionsversuchs aus dem Amt gedrängt, folgte der EuGH nicht.^[20] Barroso selbst hatte dazu vor dem EuGH ausgesagt.^[21]

Freihandelsabkommen

Barroso setzte sich als Kommissionspräsident für den Abschluss umstrittener Freihandelsabkommen ein.^[22]
^[23] In Barrosos Amtszeit fallen der Beginn der TTIP-Verhandlungen sowie die Aufnahme der Verhandlungen zu CETA und TISA. Zusammen mit US-Präsident Barack Obama, dem Präsidenten des Europäischen Rats Herman Van Rompuy und dem britischen Premierminister David Cameron, verkündete er im Juni 2013 während des G20-Gipfels den Start der TTIP-Verhandlungen.^[24]

2014 unterzeichnete Barroso als Vertreter der EU-Kommission zusammen mit Van Rompuy und dem kanadischen Premierminister Stephen Harper die Erklärung zum Ende der fünfjährigen CETA-Verhandlungen.^[25]

Mitgliedschaften

Als ehemaliger Kommissionspräsident muss Barroso die EU-Kommission über Aktivitäten und Mitgliedschaften in Organisationen informieren, die er nach seiner Amtszeit ausübt. Die angegebenen Tätigkeiten wurden von der Kommission auf die Konformität mit dem Verhaltenskodex geprüft, und genehmigt. Barroso gibt an, die Tätigkeiten unentgeltlich auszuüben.^[26]

Unter Anderem gibt er folgende Aktivitäten an:

- Mitglied im Steering Committee der Bilderberg Konferenz.^[27] Barroso nimmt außerdem regelmäßig an Treffen der Bilderberg Konferenz teil.^[28]
- Ehrenvorsitzender des Ehrenkomitees des European Business Summit, das unter anderem von der Lobby-Organisation Businesseurope organisiert wird.

Weitere Lobby-Kontakte

- 2014 nahm Barroso als Redner am BusinessEurope Day teil, der Unternehmen und politische Entscheidungsträger zusammenbringen soll. Organisiert wird dieser von Businesseurope, dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber, und einem der einflussreichsten Lobby-Akteure in Brüssel.^[29]
- 2009 trat Barroso als Gastredner bei einem Event des European Parliamentary Financial Services Forum auf. Das Forum besteht aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft.^[30]

- 2004 verbrachte Barroso mit seiner Familie eine Woche kostenlosen Urlaub auf der Yacht des griechischen Schifffahrt-Unternehmers und Bankmanagers [Spiros Latsis](#). Kurz danach wurde in Brüssel die Verschärfung von Umweltvorschriften für griechische Schiffe verhindert. Weil er in diese Entscheidung persönlich involviert war, musste Barroso sich einem Misstrauensantrag im [EU-Parlament](#) stellen. Dieses überstand er jedoch mit der Begründung, zum Zeitpunkt des Urlaubs noch nicht Kommissionspräsident gewesen zu sein. ^[31]

Karriere

- seit 2016: Berater und "Präsident ohne Geschäftsbereich" bei [Goldman Sachs](#)
- 2004 - 2014: Präsident der [EU-Kommission](#) (zwei Amtszeiten)
- 2002 - 2004: Ministerpräsident Portugal
- seit 1985: Abgeordneter portugiesisches Parlament
- seit 1980: Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Portugals (PSD)

Quelle: Europäische Kommission^[32]

Beiträge von LobbyControl

- [LobbyControl: Barrosos Wechsel zu Goldman Sachs: Fatales Signal für Europa](#)
- [LobbyControl: Juncker will Drehtür verlangsamen](#)
- [Barroso-Seitenwechsel: Offener Brief des Netzwerkes ALTER-EU an Jean-Claude Juncker](#)
- [LobbyControl: Barroso, Kroes, De Gucht: Juncker muss skandalöse Seitenwechsel verhindern!](#)
- [LobbyControl: Ein Drittel der Ex-EU-Kommissare vollzieht dreiste Seitenwechsel](#)
- [LobbyControl: LobbyControl protestiert gegen Doppelmoral der EU-Kommission](#)
- [LobbyControl: Barroso muss im EU-Lobbyskandal Klarheit schaffen](#)
- [LobbyControl: Ein Jahr „Dalli-Gate“ – EU-Kommission sitzt Lobbyskandal aus](#)
- [Dalli-Skandal: Offener Brief des Netzwerkes ALTER-EU an Jean-Claude Juncker](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressemitteilung 8. Juli 2016 Internetauftritt Goldman Sachs](#), abgerufen am 01.12.2016
2. ↑ [Barroso heuert bei Goldman Sachs an](#) Spiegel Online am 08.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
3. ↑ [Alles zum Wohl des Geldes](#) Spiegel Online am 13.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
4. ↑ [Alles zum Wohl des Geldes](#) Spiegel Online am 13.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
5. ↑ [Schulz nennt Barrosos Wechsel inakzeptabel](#) FAZ.net am 27.09.2016, abgerufen am 01.12.2016
6. ↑ [Frankreich kritisiert Barroso](#) Handelsblatt am 13.07.2016, abgerufen am 01.12.2016
7. ↑ [Juncker questions Barroso's decision to join Goldman Sachs](#) The Guardian am 15.09.2016, abgerufen am 01.12.2016

8. ↑ [EU verlängert Übergangsfrist für Kommissionsmitglieder](#) Handelsblatt am 23.11.2016, abgerufen am 01.12.2016
9. ↑ [Juncker stuft Barroso zum simplen Lobbyisten ab](#) Spiegel Online am 12.09.2016, abgerufen am 30.11.2016
10. ↑ [Barroso fühlt sich von Juncker diskriminiert](#) Zeit Online am 13.09.2016, abgerufen am 30.10.2016
11. ↑ [Mitteilung des Ad Hoc Ethik-Komitees](#) ec.europa.eu am 26.10.2016, abgerufen am 30.11.2016
12. ↑ [Barrosos Wechsel zu Goldman Sachs nicht regelwidrig](#) Spiegel Online am 31.10.2016, abgerufen am 30.11.2016
13. ↑ [EU verschärft Verhaltensregeln für Ex-Kommissare](#) Spiegel Online am 24.11.2016, abgerufen am 30.11.2016
14. ↑ [Alles zum Wohl des Geldes](#) Spiegel Online am 13.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
15. ↑ [Saubermänner auf Abwegen](#) Spiegel Online am 21.07.2014, abgerufen am 02.12.2016
16. ↑ [Transparenz EU-Skandal: Geheimgespräche von Barroso-Mitarbeitern mit der Tabak-Lobby](#), Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 17.12.2012, abgerufen am 16.06.2016
17. ↑ [Mail-Verkehr Bodo Mehrlein an Guillaume Morel](#), offizielles EU-Dokument vom 18.11.2011, abgerufen am 16.06.2016
18. ↑ [Saubermänner auf Abwegen](#) Spiegel Online am 21.07.2014, abgerufen am 30.11.2016
19. ↑ [Wer hat John Dalli verraten?](#) Spiegel Online am 26.02.2016, abgerufen am 30.10.2016
20. ↑ [Dalli scheitert mit Klage gegen vermeintliche Amtsenthebung](#) LegalTribune Online am 12.05.2015, abgerufen am 02.12.2016
21. ↑ [Saubermänner auf Abwegen](#) Spiegel Online am 21.07.2014, abgerufen am 02.12.2016
22. ↑ [Barroso: CETA kommt sicher](#) heise online am 27.09.2014, abgerufen am 02.12.2016
23. ↑ [José Manuel Barroso on TTIP mandate: "Where there is a will, there is a way"](#) Youtube-Kanal der Europäischen Kommission
24. ↑ [Pressemitteilung am 17.Juni 2013](#) europa.eu, abgerufen am 01.12.2016
25. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission am 26.09.2014](#) europa.eu, abgerufen am 01.12.2016
26. ↑ [Briefwechsel Barrosos mit der EU-Kommission, Ende 2014](#) veröffentlicht von CorporateEurope.org, abgerufen am 02.12.2016
27. ↑ [Steering Committee](#) Offizielle Website der Bilderberg Konferenz, abgerufen am 24.07.2023
28. ↑ [Bilderberg Meetings](#) Offizielle Website der Bilderberg Konferenz, abgerufen am 24.07.2023
29. ↑ [Redner BusinessEuropeDay 2014](#) businesseuropeday.eu, abgerufen am 02.12.2016
30. ↑ [Networking Cocktail Invitation](#) epfsf.org, abgerufen am 02.12.2016
31. ↑ [Der reiche Grieche vom Genfersee](#) Tagesanzeiger am 02.06.2012, abgerufen am 02.12.2016
32. ↑ [Lebenslauf José Manuel Barroso](#) Europäische Kommission, abgerufen am 30.11.2016

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	36
2 Entstehungsgeschichte	37
3 Ziele	37
4 Organisationsstruktur und Personal	38
4.1 Team	38
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	38
4.1.2 weitere Mitglieder	39

4.2 Paten	40
4.3 Wissenschaftliche Beratung	40
5 Aktivitäten	40
5.1 Studien	40
5.2 ÖkonomenBlog	40
5.3 Veranstaltungen	40
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	41
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	41
6 Politische Kampagnen	42
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	42
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	42
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	42
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	43
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	43
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	44
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	44
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	44
6.9 Einschaltung von Agenturen	44
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	45
8 Internationale Verbindungen	45
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	45
9 Kritik an der INSM	46
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	46
9.2 Verhältnis zu den Medien	46
9.3 Schleichwerbung	47
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	47
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	47
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	47
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	48
10.1 Beirat	48
10.2 Kuratorium	48
10.3 Förderverein	48
10.4 Botschafter:innen	50
11 Zitate	53
12 Weiterführende Informationen	54
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	54
14 Einzelnachweise	54

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur

Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[18]

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie BP, Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«. ^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)
- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), Gitta Connemann (CDU/CSU), Julia Klöckner (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie Philipp Hartewig (FDP) und Rainer Semet (FDP).^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39]:

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)

- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW Köln\)](#), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld
- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[46] Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[47]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[48]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[49]

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[50] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[51]

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[52] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[53] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[54]

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.^[55] Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: Arbeitgeberverband Gesamtmetall; Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft; BDA Die Arbeitgeber; Hauptverband der Deutschen Bauindustrie; BAVC – Die Chemie Arbeitgeber; BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Die Familienunternehmer; BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschning unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015

wurde die INSM von der Agentur **Serviceplan Public Opinion** betreut. Seit Januar 2015 ist **Blumberry** für Werbung und PR zuständig.^[73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding **Commarco**. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur **Commarco Campus Communications GmbH**. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.^[76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.^[77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die **Heritage Foundation** und die INSM gehören.^[78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur **thjnk** entwickelt.^[79]

Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.^[80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.^[81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der **Berlin Campaign Conference**, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik **Heritage Foundation** und das konservative **The Leadership Institute**, die maßgeblich an der

Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren.^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campaign Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024).^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerscher	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna Hey	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dieter	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut,

Gründungsmitglieder	
Lenzen	Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF , bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nasse-Meyfarth	
Dietrich Ricker	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Rohwedder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schönn	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.
Weitere Mitglieder:	
Michael	

Gründungsmitglieder	
Hoffmann-Becking	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Marieluis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: ^[104]

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[105] Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Botschafter:innen

Roland Berger Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des **Konvent für Deutschland**

Christoph Burmann Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Doménique Döttl Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

ing

Florian Gerscher

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Martin

Kannegiesser

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Otm

ar

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Oswald

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Arend

Oetker

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walter

Otre

mba

Karl-

Hein

Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der [Paqu Denkfabrik REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d

Raff

elhü

sche

n

Arnd

t

Raut

enbe

rg

Ran

dolf

Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

Rod INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#)
enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#)
ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),
Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der](#)
Sch CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana](#) AG sowie ehem. Vorsitzender der [Altana](#)
weic [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)
kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB), Mitglied des
Star Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale](#)
k [Marktwirtschaft](#)

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied
Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#) (HWWI), Mitglied des
Stra Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-](#)
ubha [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: ^[107]

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Fri](#)
Arnulf [edrich-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist
Baring Mitglied des Kuratoriums der Stiftung [Friedrich August von Hayek-](#)
[Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)

Marie-

Luise Dött (siehe Förderverein)

Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni
Johann Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), am 3. März 2013
Eekhoff bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung](#) verstorben
[Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Michael

Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009 ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet ^[108]	
Paul Kirchhof	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der DZ BANK AG	
Rolf Peffekoven		trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[110]
Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting	
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[111]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet,

Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ *INSM*, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ *Trau schau wem*, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick*, felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ *Etwas mehr Qualität, bitte!*, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ *Über uns*, insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ *Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU*, tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ *Berlin Campain Conference*, berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ *Project 2025 Presidential Transition Project*, documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024

10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mitbund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025
28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ [„Erschreckende Nähe“: CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} [Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08.2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024
35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024

40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
65. ↑ ^{65,065,1} [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) www.volker-quaschning.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021

69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024
87. ↑ ^{87,087,1} [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011

98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fwi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel](#) 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.